

LEITARTIKEL

# Von Konten, von Korridoren und obskuren Solidarfonds

Die zweite Etappe der Pensionsreform wird noch schwieriger.

**W**er geglaubt hat, mit der Unterschrift des Bundespräsidenten unter das Budgetbegleitgesetz sei die letzte Hürde geschafft, ist einem Irrtum aufgesessen. Die Pensionsreform wird die Regierung weiter in Atem halten. Die so genannte Pensionsversicherungsreform, die zumindest für ein halbes Jahrhundert gedacht war, stellt sich schon vor ihrem Inkrafttreten als Flickwerk dar.

Immer deutlicher wird sichtbar, dass die Zusage des Bundeskanzlers, in bestehende Pensionen nicht einzugreifen, nicht gerechtfertigt und folglich auch nicht durchzuhalten ist. Es gibt keine sachliche Begründung, warum jene Pensionisten, deren Ruhegenuss über der Höchstgrenze nach dem ASVG liegt, keinen überdurchschnittlichen Solidarbeitrag leisten sollen. Es handelt sich um öffentlich Bedienstete, die in der Regel weniger lang berufstätig gewesen sind, weil sie zuvor das Studium abgeschlossen haben. Ihre Pension orientiert sich am Letztbezug, weshalb auch ihr



ERWIN ZANKEL

Beitrag zur Finanzierung der Pensionen weit geringer als im Regelfall ist. Der Einwand, Beamte hätten ohnehin einen Pensionsversicherungsbeitrag zu bezahlen, sticht nicht, weil ein gleicher Prozentsatz für alle das Problem der ungleichen Pensionen nicht löst.

So einfach wird die Regierung die Forderung des Sozialexperten Bernd Marin, eine Pensionistensteuer für die Privilegierten zu verhängen, nicht vom Tisch wischen können.

Die Reaktionen darauf fielen bisher konfus aus: Die Gesundheitsministerin fragte erstaunt, was noch zu tun sei, da die Politiker ohnehin Federn lassen. Abgesehen davon, dass deren Aderlass angesichts der unverschämten hohen Politikerpensionen verschmerzbar ist, blieb

die Antwort offen, was mit den Sektionschefs und Hofräten passiert, von denen wir nicht zu wenige haben.

Solche Null-Auskünfte kommen von Leuten, die eine Pension von 10.000 Euro im Monat erwarten. Die Politiker schwadronieren von Pensionskonten und Pensionskorridoren. Was soll ein Normalsterblicher mit der Botschaft anfangen, er könne im Korridor zwischen 62 und 67 in Pension gehen, wenn er auf dem Konto nur abliest, was er an Beiträgen einbezahlt hat, aber nicht weiss, wie viel er an Pension herausbekommt?

**D**as Angebot, das der Sozialminister parat hat, ist überhaupt ein schlechter Scherz: Die Milliarden, die beim Umtausch vom Schilling in den Euro bei der Nationalbank liegen geblieben sind, sollen als Solidarfonds den Generationenvertrag zwischen Jung und Alt sichern.

Herbert Haupt, der Jäger des verlorenen Schatzes.

Sie erreichen den Autor unter  
[redaktion@kleinzeitung.at](mailto:redaktion@kleinzeitung.at)